

Es bleibt dabei: Die Waffen nieder! Keine Waffen, keine Menschen diesem Krieg! (Rede von Thomas Kachel auf dem Ostermarsch Leipzig, 16.04.22)

Liebe Friedensfreunde, wir versammeln uns heute zu einer dunklen Zeit. Die Gefahr eines europäischen Krieges, eines Flächenbrands mit nuklearem Ausgang droht so sehr wie seit Jahrzehnten nicht.

Wir sind uns einig über die Verurteilung des russischen Angriffs auf die Ukraine. Es gibt keine Ausnahmen in der Bewertung von Angriffskriegen. Es gibt keine Rechtfertigung für den Befehl zum Einmarsch in die Ukraine.

Allerdings kommt dieser Krieg nicht aus heiterem Himmel. Er kündigte sich seit mehr als 20 Jahren an. Von 1990 - vom Wortbruch gegenüber Gorbatschow in der Frage der NATO-Osterweiterung, über die einseitige Kündigung der ABM-, A-KSE- und INF-Rüstungsbegrenzungsverträge bis zum Aufbau des NATO-Raketenschirms an den Grenzen Russlands - bis heute kennt das Agieren von NATO und EU im Osten Europas nur eine Richtung: Eskalation. Mittlerweile liegen die Militär-ausgaben der NATO-Staaten 17-mal über denen Russlands und sollen noch weiter massiv steigen.

Auch Russland rüstet auf, vor allem mit neuartigen Waffensystemen, wie Hyperschall-raketen, und formuliert seinerseits eine zunehmend nationalistische außenpolitische Doktrin. Natürlich erfahren und erfahren viele Russinnen und Russen Diskriminierung in den nationalistisch gesinnten neuen

Staaten Osteuropas. Aber um es klar zu sagen: Eine Doktrin, die diesen Menschen das militärische Eingreifen Moskaus daraufhin verspricht, kann keine Grundlage für eine gemeinsame Sicherheitsordnung in Europa sein. An dieser Stelle grüßen wir die mutigen Menschen, die in den Städten Russlands für Frieden demonstrieren.

Aber wir sind hier in Deutschland, und daher ist es zuerst unsere Aufgabe als deutsche Friedensbewegte, unsere, die deutsche Regierung und ihr Agieren zu beobachten. Die Bundesrepublik Deutschland nimmt spätestens seit 2014 aktiv Partei für die Kräfte der Eskalation im Westen, und für die rechts-nationalistische Führung in Kiew. Auf den Ukraine-Krieg reagiert auch die neue Ampel-Regierung ganz in diesem Sinne. Der einzige Profiteur dieser desaströsen Politik hierzulande ist die Rüstungsindustrie.

Doch wer Waffen liefert, will keinen Frieden, wie Bundeskanzler Scholz behauptet, sondern macht sich schuldig an noch mehr Tod und Zerstörung und ist mitverantwortlich dafür, dass der Krieg noch länger und noch blutiger wird, dass eine Verhandlungslösung in noch weitere Ferne rückt.

Keine Frage: Der russische Angriff ist völkerrechtswidrig, und wird mit großer Brutalität geführt. Doch das Gerede von einer „Zeitenwende“ ist ahistorisch. Es ist bei weitem nicht das erste Mal seit dem Zweiten Weltkrieg, dass eine militärische Großmacht ein anderes Land überfällt, um dessen Grenzen im

eigenen Interesse zu ändern. Die kriegsbegründende Rhetorik der russischen Regierung nimmt ganz offenkundig Anleihen bei der Rhetorik der NATO-Staaten, als sie 1999 Jugoslawien überfielen: Es gelte, einen „Genozid“ zu verhindern und einem extrem verbrecherischen Regime die Waffen aus der Hand zu schlagen. Dass dabei Zivilisten zu Schaden kommen, wird von kriegführenden Parteien immer in Kauf genommen („Kollateralschäden“), das war bei den kriegführenden NATO-Staaten in Jugoslawien nicht anders, und auch nicht bei den kriegführenden NATO-Staaten 2003 im Irak, 2012 in Libyen - oder eben heute in der Ukraine. Nicht zuletzt deswegen muss alle Kraft auf die rasche Beendigung des Krieges statt auf seine Verlängerung gerichtet werden!

Die einzige Haltelinie für die deutsche Kriegspolitik ist im Moment noch ein eigener Kampfeinsatz von Bundeswehrsoldaten. Doch die Logik der militärischen Eskalation ist vorhersehbar. Deutschland beteiligt sich mit eigenen Truppen an der weiteren Verstärkung der NATO-Ostflanke. Wurde vor Beginn des Krieges noch erörtert, sogenannte Defensiv-Waffen zu liefern, ist man inzwischen schon bei schwerem Kriegsgerät angekommen. Doch dies provoziert die russische Seite weiter und verlängert nur den Krieg und damit die Opferzahlen und Zerstörung. Und - es riskiert den 3. Weltkrieg: Nicht nur die von Polen ins Gespräch gebrachte sogen. „NATO-Friedenstruppe“ tut das – nicht nur die von Selenski vehement geforderte Flugverbotszone würde einen NATO-Eintritt in den Krieg gegen Russland bedeuten – auch der Tod von NATO-

Soldaten bei der Bekämpfung eines solchen Waffentransports russischerseits z.B. wäre ein solcher worst case. Eine nukleare Eskalation wäre dann wahrscheinlich.

Und deshalb hier vom Ostermarsch eine klare Botschaft an die Herren Habeck und Merz, an die Frauen Baerbock und Strack-Zimmermann: Hören Sie endlich auf mit der Sicherheit von uns allen zu spielen, und am Ende womöglich einen nuklearen Schlagabtausch zu riskieren - nur um in ihrem innerparteilichen Ranking - Wer ist der größte Putingegner? - weiter nach vorne zu kommen. Stellen Sie endlich ihre Kriegsrhetorik ein und lassen sie ihre verdammten Finger von weiteren Waffenlieferungen nach der Ukraine.

Vor kurzem noch pladierten alle diese Politiker noch für sofortige Waffenruhe, jetzt auf einmal soll das Ziel sein, 'Putin darf nicht gewinnen'. Diesen menschenverachtenden Zynismus, für dieses Ziel nun weiter Menschen – Ukrainer und Russen – sterben lassen zu wollen, diesen Zynismus dürfen wir unseren Regierenden nicht durchgehen lassen. Im Interesse der ukrainischen – wie auch der gesamteuropäischen – Bevölkerung ist es nicht, mit noch mehr Waffen einen noch längeren Krieg zu provozieren, sondern alle Kraft in eine Verhandlungslösung zu investieren.

Die militärische Eskalation wird vom Westen flankiert durch einen bislang beispiellosen Wirtschaftskrieg gegen Russland. Russland „ruinieren“ zu wollen,

wie Außenministerin Baerbock verkündete, ist im Vergleich zu den Rüstungslieferungen sogar noch eine weit drastischere Kampfansage an Moskau. Man muss bis in die dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte zurückgehen, um eine ähnlich martialische Äußerung einer deutschen Regierung gegen irgendein Land zu finden. Die Logik der militärischen, aber auch wirtschaftlichen Eskalation gegen Russland läuft darauf hinaus, Europa in eine langfristige Auseinandersetzung mit Russland zu treiben und unterminiert damit jede Perspektive auf eine Zusammenarbeit in Europa.

Was muss nun getan werden, wofür setzen wir uns ein? Nötig ist jetzt, im Gegensatz zu dieser Politik, eine von der deutschen Regierung angestoßene Vermittlungsoffensive: Die Verpflichtung dafür erwächst schon aus der historischen Verantwortung Deutschlands für den faschistischen Vernichtungskrieg, der von diesem Boden gegen beide Länder geführt wurde. Berlin muss anbieten, die Schirmherrschaft über Verhandlungen zwischen beiden Seiten zu übernehmen, um die Ergebnisse der Verhandlungen von Istanbul zu sichern, und diese zu einer belastbaren Verhandlungslösung aufzubauen. Ja, Bundeskanzler Scholz sollte nach Kiew fahren, aber auch nach Moskau, um in beiden Hauptstädten in diesem Sinne zu wirken. Und um die Ernsthaftigkeit der deutschen diplomatischen Initiative gegenüber Moskau klarzumachen, muss er erklären, dass das 100 Mrd. Euro -Rüstungspaket, das jetzt im anstehenden Haushalt verankert werden soll, ersatzlos gestrichen wird.

Nur so kann deutsche Außenpolitik wieder beginnen, handlungsfähig zu werden, und nicht weiter am Gängelband der Eskalierer in Washington und Kiew zu hängen. Mit jedem Waffenexport aus Deutschland wird die Chance auf eine Vermittlung geringer, weil Deutschland sich damit praktisch zur Kriegspartei macht. - Man kann es nicht oft genug wiederholen: Die Lebensinteressen der Menschen in der Ukraine ernst zu nehmen heißt nicht, die Ukraine mit immer mehr Waffen auszurüsten, sondern alles dafür zu unternehmen, dass die Waffen endlich schweigen.

Und schließlich: Für Frieden steht Rationalität. Der Diskurs in diesem Land wird stattdessen bestimmt von irrationaler Hysterie, gegen alle die anders denken, und friedliche deeskalierende Wege suchen, und selbst gegen Menschen, die nur den Fehler haben, die falsche Sprache, nämlich Russisch, zu sprechen.

Beispiele für solche sprachliche Brandstiftung sind Kalte Krieger wie Alexander Graf Lambsdorff. der meint, nun auch noch einen psychologischen Krieg mit innenpolitischer Feindmarkierung gegen die Ostermärsche ausrufen zu müssen, und Menschen, wie die Politikwissenschaftlerin Florence Gaub, die Russen nicht für einen europäischen Menschenschlag hält. Heute werden im Zuge der Schaffung eines Feindbilds rassistische Sätze sagbar, die an die schlimmsten Kapitel unserer deutschen Geschichte erinnern. Dies ist aber Putins Krieg, und nicht der Krieg aller Russen, und deshalb verwahren wir uns vor jeglicher Hexenjagd auf ganz normale russische Menschen in unserem

Land. Und Graf Lambsdorff sei gesagt: Uns Ostermarschierer als fünfte Kolonne zu denunzieren – das bringt die Frage auf, für welche ausländische Macht denn die FDP politisch agiert, wenn sie einen Gasboykott gegen Russland fordert, und gleichzeitig für das umweltfeindliche US-Fracking-Gas wirbt??

Liebe Friedensfreunde, Verhandlungen/Dialog und Interessensausgleich sind alternativlos. Es bleibt dabei: Am Ende brauchen wir ein System gemeinsamer Sicherheit in Europa inklusive der Ukraine und Russlands, für umfassende humanitäre Hilfe und für die Abschaffung der Atomwaffen, um die Drohung der atomaren Vernichtung ein für alle Mal aus der Welt zu schaffen.

Wir brauchen in dieser Zeit Mut, diese Wahrheiten auszusprechen – aber es ist nicht so schwer sich damit Gehör zu verschaffen – denn auf unserer Seite steht die Vernunft. Deshalb, liebe Friedensfreunde, meldet Euch zu Wort wo immer es geht. Denn Wenn möglichst viele Gesicht zeigen gegen diesen Krieg, gibt es trotz allem eine gute Chance, wieder eine deutsche Friedenspolitik zu erreichen.